

Inhaltsverzeichnis

Einführung	1
A. Fragestellung	1
B. Gang der Untersuchung	5
1. Kapitel: Das geltende Urheberrecht für Wissenschaft und Forschung	7
A. Vorgaben des höherrangigen Rechts.....	7
I. Völkerrechtliche Vorgaben	7
1. Schutz und Schranken des Urheberrechts.....	8
a) Revidierte Berner Übereinkunft (RBÜ)	8
b) WIPO-Urheberrechtsvertrag (WCT)	9
2. Der Drei-Stufen-Test	10
a) Stufe 1: nur in bestimmten Sonderfällen	13
b) Stufe 2: die normale Verwertung darf nicht beeinträchtigt werden.....	14
c) Stufe 3: die berechtigten Interessen des Rechtsinhabers dürfen nicht unzumutbar verletzt werden	16
d) Zwischenergebnis zum Drei-Stufen-Test	18
3. Fazit zu den völkerrechtlichen Vorgaben.....	19
II. Vorgaben des europäischen Gemeinschaftsrechts.....	19
1. Richtlinie 2001/29/EG: Informationsgesellschaftsrichtlinie....	20
a) Schutz und Schranken des Urheberrechts	20
b) Der Drei-Stufen-Test.....	22
c) Exkurs: Urheberrechtlicher Schutz technischer Maßnahmen	22
aa) Grundsätzliches	22
bb) Kritik	26
2. Richtlinie 96/9/EG: Datenbankrichtlinie	29
3. Fazit.....	30
III. Verfassungsrechtliche Vorgaben	30
1. Schutz der vermögensrechtlichen Seite des Urheberrechts zugunsten der Urheber und Verwerter durch Art. 14 Abs. 1 GG.....	31
2. Schutz der vermögensrechtlichen Seite des Urheberrechts zugunsten der Urheber und Verwerter durch Art. 12 Abs. 1 GG.....	34

3. Schutz des Informationszugangs zugunsten der Allgemeinheit durch Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG	35
4. Schutz der Wissenschaftsfreiheit zugunsten des Urhebers durch Art. 5 Abs. 3 GG	39
B. Regelungen des Urhebergesetzes	42
I. Schutz des Urhebers von wissenschaftlichen Werken durch das Urhebergesetz	43
1. Grundsätzliche Schutzfähigkeit des Inhalts von Werken.....	43
2. Besonderheiten bei wissenschaftlichen Werken?	45
a) Die herrschende Meinung.....	45
b) Die Gegenansicht	46
c) Stellungnahme	48
3. Kein Schutz der Schaffensmethode, der Idee und der Information	48
II. Überblick über die Schrankenbestimmungen des Urhebergesetzes zugunsten von Wissenschaft und Forschung	49
2. Kapitel: Die Wissenschaftsschranken – Analyse, Kritik und Reformvorschläge.....	51
A. Vervielfältigungen zum eigenen wissenschaftlichen Gebrauch.....	51
I. Vorgaben des höherrangigen Rechts	52
II. Vervielfältigungen für die Wissenschaft, die keinen gewerblichen Zwecken dient, § 53 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 UrhG	53
1. Tatbestandsmerkmale	53
a) Zum eigenen wissenschaftlichen Gebrauch	53
b) Herzustellen oder herstellen zu lassen	54
c) Objekt der Schranke, Art der Vervielfältigung.....	55
d) Wenn und soweit die Vervielfältigung zu diesem Zweck geboten ist	56
aa) Der Begriff der Gebotenheit im Urhebergesetz	56
bb) Gebotenheit i.S.v. § 53 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 UrhG	57
e) Und sie keinen gewerblichen Zwecken dient	59
2. Weitere Einschränkungen, insbesondere § 53 Abs. 6 UrhG	60
3. Quellenangabe, Vergütungsansprüche	62
4. Kritik	62
III. Vervielfältigungen für die gewerblichen Zwecken dienende Wissenschaft, § 53 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4, Satz 2 i.V.m. Satz 3 UrhG	63
1. Tatbestandsmerkmale	64
a) Kleine Teile eines erschienenen Werkes oder einzelne Beiträge, die in Zeitungen oder Zeitschriften erschienen sind.....	64
b) Auf Papier oder einem ähnlichen Träger oder ausschließlich analoge Nutzung	64

2. Quellenangabe, Vergütungsansprüche	66
3. Kritik	66
IV. Reformvorschlag – § 53 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 UrhG de lege ferenda	67
B. Öffentliche Zugänglichmachung für die Forschung	67
I. Das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung i.S.v. § 19a UrhG	67
II. Vorgaben des höherrangigen Rechts zur Beschränkung des Rechts der öffentlichen Zugänglichmachung i.S.v. § 19a UrhG	69
III. Die Regelung des Urhebergesetzes in § 52a Abs. 1 Nr. 2	69
1. Tatbestandsmerkmale	72
a) Veröffentlichte Teile eines Werkes, Werke geringen Umfangs sowie einzelne Beiträge aus Zeitungen oder Zeitschriften	72
b) Ausschließlich für einen bestimmt abgegrenzten Kreis von Personen	73
c) Für deren eigene wissenschaftliche Forschung	76
d) Soweit dies zu dem jeweiligen Zweck geboten ist	77
aa) Gebotenheit der Zugänglichmachung überhaupt	78
bb) Gebotenheit des Umfangs der Zugänglichmachung	80
e) Soweit dies zur Verfolgung nicht kommerzieller Zwecke gerechtfertigt ist	81
2. Bereichsausnahmen des Absatzes 2	82
3. Annex-Vervielfältigungen, Absatz 3	82
4. Quellenangabe, Vergütungspflicht	84
5. Verwendbarkeit von nach § 53 UrhG zulässigerweise hergestellten Vervielfältigungsstücken für die Zugänglich- machung nach § 52a Abs. 1 Nr. 2 UrhG	85
IV. Nutzung von § 52a durch Hochschulen und sonstige Forschungseinrichtungen	86
V. Kritik an § 52a UrhG von allen Seiten	89
1. Kritik von Seiten der Rechteinhaber	90
2. Kritik von Seiten der Wissenschaft	90
3. Stellungnahme	91
a) Zu den Argumenten der Rechteinhaber	91
b) Zu den Argumenten der Wissenschaft	93
VI. Vereinbarkeit von § 52a UrhG mit höherrangigem Recht	95
1. Vereinbarkeit mit dem Drei-Stufen-Test	95
2. Vereinbarkeit mit Verfassungsrecht	97
VII. Reformvorschlag zu § 52a UrhG	100
C. Regelungen für Bibliotheken und andere privilegierte Einrichtungen	101
I. Vervielfältigungen zum Zwecke der Archivierung	101

1. Vorgaben des höherrangigen Rechts	101
2. Die Regelung des Urhebergesetzes in § 53 Abs. 2 Satz 1	
Nr. 2 u. Satz 2	103
a) Tatbestandsmerkmale	104
aa) Archiv	104
bb) Eigenes Werkstück	104
cc) Gebotenheit	105
dd) „Eigenes“ Archiv	105
ee) Satz 2	107
b) Vergütungsansprüche	108
c) Verwendung der archivierten Vervielfältigungsstücke	
im Rahmen von §§ 52b und 53a UrhG	108
3. Fazit zur Archivschanke	109
II. Kopienversand	109
1. Vorgaben des höherrangigen Rechts	110
a) Abstellen auf den Endnutzer	110
aa) Art. 5 Abs. 2 lit. a) Informationsgesellschaftsrichtlinie	110
bb) Art. 5 Abs. 2 lit. b) Informationsgesellschaftsrichtlinie	112
cc) Art. 5 Abs. 3 lit. a) Informationsgesellschaftsrichtlinie	114
dd) Art. 5 Abs. 3 lit. o) Informationsgesellschaftsrichtlinie	114
b) Abstellen auf die Bibliothek als privilegierte Einrichtung –	
Art. 5 Abs. 2 lit. c) Informationsgesellschaftsrichtlinie	116
c) Fazit	118
2. Die Regelung des Urhebergesetzes in § 53a	119
a) Hintergrund der Vorschrift	119
aa) Kopienversanddienst-Entscheidung des BGH aus dem Jahr 1999	119
bb) Zulässigkeit des elektronischen Kopienversands	
vor Geltung des § 53a UrhG	121
b) Tatbestandsmerkmale	122
aa) Öffentliche Bibliotheken	122
bb) Vervielfältigung und Übermittlung auf Einzelbestellung	123
cc) Quantitative Beschränkung	124
dd) Sofern die Nutzung durch den Besteller nach § 53 zulässig ist	124
ee) Weitere Einschränkungen für den Versand „in sonstiger	
elektronischer Form“	125
(1) Nur als „grafische Datei“	125
(2) Nur zur Veranschaulichung des Unterrichts und für	
Zwecke der wissenschaftlichen Forschung	126
(3) Nur soweit dies zur Verfolgung nicht gewerblicher	
Zwecke gerechtfertigt ist	126
(4) Nur unter der zusätzlichen Einschränkung	
des Abs. 1 Satz 3	127
c) Weitere Fragen im Zusammenhang mit § 53a UrhG	129
aa) Erfasst Absatz 1 Satz 1 nur gedruckte Vorlagen?	129

bb) Muss es sich um Werke aus dem eigenen Bestand der versendenden Bibliothek handeln?	129
d) Vergütungsanspruch, Absatz 2	130
3. Kopienversand durch „subito“	130
4. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht und Kritik	134
a) Kein Verstoß von § 53a UrhG gegen den Drei-Stufen-Test	134
b) Wenig sinnvolle Differenzierung zwischen Faxversand und Versand „in sonstiger elektronischer Form“	135
c) Subsidiarität des Versands „in sonstiger elektronischer Form“ gegenüber Verlagsangeboten nicht erforderlich und zu stark einschränkend.....	137
5. Reformvorschlag – § 53a UrhG de lege ferenda.....	139
III. Wiedergabe von Werken an elektronischen Leseplätzen	140
1. Vorgaben des höherrangigen Rechts	140
2. Die Regelung des Urhebergesetzes in § 52b	142
a) Tatbestandsmerkmale	142
aa) Privilegierte Einrichtungen	142
bb) Veröffentlichte Werke	144
cc) Doppelte Bestandsakzessorietät	144
dd) Zur Forschung und für private Studien	145
ee) Ausschließlich in den Räumen der jeweiligen Einrichtung	145
ff) An eigens dafür eingerichteten elektronischen Leseplätzen	145
gg) Soweit dem keine vertraglichen Regelungen entgegenstehen	146
b) Rechtsfolge	148
c) Vergütungsanspruch	150
d) Weitere Fragen im Zusammenhang mit § 52b UrhG	150
aa) Annex-Vervielfältigungen durch die privilegierten Einrichtungen ..	150
bb) Vervielfältigungen durch die Nutzer der privilegierten Einrichtungen?	152
3. Kritik und Stellungnahme	156
a) Vereinbarkeit mit der Informationsgesellschaftsrichtlinie	156
b) Art der privilegierten Nutzungen	156
c) Zulässigkeit von Anschlussnutzungen	157
d) Umfang der Bestandsakzessorietät	157
e) Zugriff nur von eigens eingerichteten Leseplätzen und auch darüber hinaus restriktive Benutzungsmodalitäten	159
f) Beschränkung auf die Räumlichkeiten der Einrichtungen	160
4. Reformvorschlag	161
a) Änderungen auf nationaler Ebene ohne vorherige Änderung der Informationsgesellschaftsrichtlinie	161
b) Änderung von Art. 5 Abs. 3 lit. n) der Informationsgesellschaftsrichtlinie	162
c) Mögliche Fassung des § 52b UrhG nach einer Änderung der Informationsgesellschaftsrichtlinie	162
D. Fazit zu den Wissenschaftsschränken	162

3. Kapitel: Faktische Zugangsbeschränkungen und Möglichkeiten zu ihrer Beseitigung	165
A. Preisentwicklung im Zeitschriftenbereich	165
B. Hintergrund: Interessen der Beteiligten und Besonderheiten des Marktes für wissenschaftliche Publikationen	170
I. Überblick über die zugrunde liegenden Interessen der Beteiligten	170
1. Interessen des Autors eines wissenschaftlichen Werkes	171
2. Interessen des Nutzers eines wissenschaftlichen Werkes und Allgemeininteressen	172
3. Interessen erwerbswirtschaftlich tätiger Verwerter wissenschaftlicher Werke	173
II. Besonderheiten des Marktes für wissenschaftliche Publikationen	174
1. Bedeutung des Publikationsortes	174
2. Keine Austauschbarkeit wissenschaftlicher Informationen ..	176
3. Informationsflut	177
4. Hoher Anteil staatlich finanziertener Forschung – einseitige Ausrichtung der Geldströme	178
III. Fazit	179
C. Open-Access-Veröffentlichung als Lösungsweg?	179
I. Begriffsklärungen: „open-access“, „golden road“, „green road“	180
II. Kurzer Blick auf die historische Entwicklung der Open-Access-Bewegung	181
III. Argumente pro und contra Open-Access und Stellungnahme	182
1. Argumente gegen Open-Access-Veröffentlichungen	182
2. Argumente für Open-Access-Veröffentlichungen	183
3. Stellungnahme	184
IV. Derzeitige Bedeutung von Open-Access-Veröffentlichungen....	187
1. Primäre Open-Access-Veröffentlichungen (golden road).....	187
a) Urheberrechtliche Rahmenbedingungen	187
b) Primäre Open-Access-Veröffentlichungen durch kommerzielle Verlage	189
c) Bedeutung der primären Open-Access-Veröffentlichung	191
2. Parallele Open-Access-Veröffentlichungen (green road)	191
a) Urheberrechtliche Rahmenbedingungen für Zweitveröffentlichungen	192
aa) Einräumung bestimmter Nutzungsrechte an einen Verlag	192
bb) Umfang der eingeräumten Nutzungsrechte – § 38 Abs. 1 Satz 1 UrhG	196
cc) Zeitliche Beschränkung ausschließlicher Nutzungsrechte – § 38 Abs. 1 Satz 2 UrhG	198

dd) Zwischenergebnis	200
b) Vertragspraxis	201
aa) Zum Teil kein schriftlicher Vertrag	201
bb) Zum Teil Orientierung an Musterverträgen	201
cc) Häufig individuelle Handhabung durch die Verlage.....	202
3. Zwischenergebnis	204
V. Fazit zu Open-Access-Veröffentlichungen	204
D. Urheberrechtliche Möglichkeiten zur Beseitigung der faktischen Zugangsbeschränkungen.....	205
I. Anbietungspflicht für Urheber an Hochschulen, § 43 Abs. 2 UrhG de lege ferenda	207
1. Urheberrechtliche Rechtslage in Bezug auf Werke, die an Hochschulen geschaffen werden.....	207
2. Der Vorschlag: Gesetzlich geregelte Anbietungspflicht für Urheber an Hochschulen	209
3. Argumente pro und contra	211
4. Vereinbarkeit mit Verfassungsrecht.....	212
5. Fazit.....	215
II. Einführung einer gesetzlichen Zwangslizenz.....	216
1. Der Vorschlag.....	216
2. Argumente pro und contra	217
3. Vereinbarkeit mit Verfassungsrecht.....	219
4. Vereinbarkeit mit dem Drei-Stufen-Test.....	220
5. Fazit.....	220
III. Neue Schrankenregelung.....	220
1. Schrankenregelung auf nationaler Ebene	221
a) Vereinbarkeit mit Verfassungsrecht	221
aa) Vereinbarkeit mit Art. 14 Abs. 1 GG	221
bb) Vereinbarkeit mit Art. 5 Abs. 3 GG	222
b) Vereinbarkeit mit Europarecht.....	222
2. Schrankenregelung auf europäischer Ebene	224
3. Exkurs: Offene Schrankenregelung (sog. fair-use-Klausel)...	225
IV. Urhebervertraglicher Ansatz – Zwingendes Zweitveröffent- lichungsrecht in § 38 UrhG de lege ferenda	227
1. Der Vorschlag.....	227
2. Argumente pro und contra	230
a) Zur grundsätzlichen Einführung einer solchen Regelung	230
b) Die einzelnen Teile des Regelungsvorschlags	234
aa) Insbesondere: Die Frist	235
(1) Die Bestimmung des angemessenen Zeitraums durch kollektiv-vertragliche Rahmenvereinbarungen	235
(2) Eine gesetzliche Regelung, welche Ausnahmen von einer festen Frist zulässt	236

(3) Die Verlängerung einer fest fixierten Frist durch eine Behörde bei Nachweis überwiegender Interessen seitens der Verlage	236
(4) Die Bestimmung des angemessenen Zeitraums durch eine Verordnung	237
bb) Die Beschränkung auf Werke, die im Rahmen einer überwiegend mit öffentlichen Mitteln finanzierten Lehr- und Forschungstätigkeit entstanden sind	238
cc) Die Beschränkung auf Werke, die in Periodika erscheinen	239
dd) Zweitveröffentlichung in der Formatierung der Erstveröffentlichung?	240
ee) Die Rechtsfolgen	241
ff) Sonstiges	244
3. Vereinbarkeit mit Verfassungsrecht	244
4. Vereinbarkeit mit europäischem und internationalem Recht	246
a) Vereinbarkeit mit europäischem Recht	246
b) Vereinbarkeit mit internationalem Recht	248
5. Fazit und eigener Formulierungsvorschlag	249
E. Exkurs: Flankierende Lösungen durch das Wettbewerbsrecht?	250
F. Exkurs: Einführung eines Leistungsschutzrechtes für (Presse-)Verleger?	253
4. Kapitel: Zusammenfassung und Thesen	260
Synopse: Geltendes Urheberrecht und Änderungsvorschläge	267
Literaturverzeichnis	273
Sachverzeichnis	289